

★ September 2012

# antikriegs-info

der Deutschen Kommunistischen Partei

**Westen will in Syrien keine Kompromisslösung**

# KRIEG

# aus Kalkül



**Innere Widersprüche gibt es in Syrien genug. Widersprüche, die im harten Klassenkampf, in der politischen Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen Kräften im Land gelöst werden müssen. Die gegenwärtige Entwicklung des Landes zeigt aber etwas anderes: Syrien ist zum Kampfplatz imperialistischer Interessen geworden.**

Nicht um Menschenrechte, um die angebliche "Befreiung von einem Diktator" geht es in den militärischen Kämpfen in Syrien, sondern um geostrategische und Rohstoffinteressen. In einem Beitrag im Feuilleton der FAZ vom 24.07.2012 heißt es dazu: "Den Amerikanern und der westlichen Seite geht es nicht oder nicht vorrangig darum, der bedauernswerten syrischen Bevölkerung zu helfen, sondern um Einflussnahme auf die Neugestaltung des Landes nach einem voraussichtlichen Sturz des derzeitigen Regimes, obwohl man mit diesem bisher stets gut zusammenarbeiten konnte. Mehrere seit längerem geplante, für den Westen wichtige Öl- und Gaspipelines stehen auf dem Spiel, die Saudi-Arabien und Qatar mit dem östlichen Mittelmeerraum und der Türkei verbinden und deshalb partiell durch syrisches Gebiet führen sollen."

Und Syrien ist ein Verbündeter des Iran, den die USA ganz oben auf ihrer "Abschussliste" führen, weil er als starke Regionalmacht, die Machtkreise des US-Imperialismus stört.

Deshalb gießt die Führung in Washington ständig Öl ins Feuer des syrischen Konfliktes und bestärkt bewaffnete Oppositionsgruppen wie die sogenannte "Freie Syrische Armee" darin, keine Verhandlungslösung zu akzeptieren, sondern auf militärischen Sieg über die Regierung zu setzen. Aus dem US-Außenministerium war aktuell zu hören, man bemühe sich gemeinsam mit den Verbündeten, in Syrien "Bedingungen zu schaffen, die zu einem schnellen Kollaps des syrischen Regimes führen."

Dabei zeichnet sich eine ähnliche Taktik ab, wie sie die westlichen Interventen in Libyen angewendet haben. Aus den Golfdiktaturen und von westlichen Staaten finanzierte und bewaffnete Oppositionsgruppen sollen ein Territorium erobern und zur "Sicherheitszone" erklären. Danach könnten US-Geheimdienstler, Spezialkommandos und Söldner von Jordanien aus und von der Türkei nach Syrien vorstoßen und den Krieg im Land weiter eskalieren. In Washington gibt es auch bereits öffentlich lancierte Forderungen, mit Kampfflugzeugen und Kampfhubschraubern diese Zonen auszuweiten.

## Deutsches Kapital auf Beutezug

**Diesmal will das deutsche Kapital in vorderster Front dabei sein, wenn in Syrien die Beute verteilt wird.**

Gemeinsam mit den Vereinigten Arabischen Emiraten, einem Großempfänger deutscher Waffenlieferungen in der Region, hat die Berliner Regierung bereits ein Sekretariat eingerichtet, das den Umbau des Landes "von einer zentral geleiteten Wirtschaft in eine Marktwirtschaft" organisieren soll. Leiter des Büros, das zunächst mit 1,2 Millionen Euro ausgestattet wurde, ist ein erfahrener Afghanistan-Veteran: Gunnar Wälzholz hatte zuletzt die Kreditanstalt für Wiederaufbau am Hindukusch geleitet.

Berlin setzt bei seiner Einmischung auf den "Syrischen Nationalrat (SNC)", der allerdings bei der Opposition im Land keinen Rückhalt hat. Offenbar soll den Syrern eine Regierung von westlichen Gnaden von außen präsentiert und aufgezwungen werden. Der SNC hat mit der Bundesregierung bereits den Einsatz von deutschem Kapital abgesprochen.

## Geld genug

**für Rüstung und weltweite Kriegseinsätze**

**Im Sommer 2010 war in den bürgerlichen Medien von "Abrüstung" bei der Bundeswehr, vom Sparen bei der Rüstung zu lesen.**

Das Bundeskabinett hatte beschlossen, dass auch der Militärhaushalt an der Sparoperation bis zum Jahr 2014 beteiligt sein sollte. Von geplanten 81,6 Mrd. Euro sollte der Rüstungsetat 8,3 Mrd. bringen. Wer seine Sinne beisammen hatte und die Grundrechenarten beherrschte, wusste schon damals, dass hier gelogen und getrickt wird. So gab es dreistellige Millionenbeträge aus "Konjunkturpaketen" der Bundesregierung für Waffen und zusätzlich einige Möglichkeiten, Rüstungskosten in anderen Haushaltstiteln zu verstecken.

Ende 2012 wurde nun die aktuelle Haushaltsplanung präsentiert. Nirgendwo ist in den Kapital-Medien jetzt von "Aufrüstung" zu lesen. Trotzdem wird sich der Rüstungshaushalt von 31,7 Mrd. Euro im Jahr 2012 auf 33,3 Mrd. im Jahr 2013 erhöhen. Zusätzlich sollen bis zu einer Milliarde Euro Personalkosten pro Jahr in den allgemeinen Haushalt umgebucht werden.

Das zusätzliche Geld wird die Militärs freuen. Zuletzt hatte der "Verteidigungs"minister in Interviews getönt, dass es nun keine Tabus mehr für weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr geben werde, sofern sie den "wohlverstandenen Interessen" Deutschlands dienen. Sprich: den Interessen von Kapital und Kabinett.